

Sonderdruck aus:

Zeitschrift für Volkskunde

Zeitschrift für Volkskunde

Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde herausgegeben von
Silke Götsch und Reinhard Johler, Sabine Doering-Manteuffel und Uwe Meiners

Inhalt 100. Jahrgang 2004, I. Halbjahresband

Aufsätze

Stefan Beck: Alltage, Modernitäten, Solidaritäten. Soziale Formen und kulturelle Aneignung der Biowissenschaften – Plädoyer für eine vergleichende Perspektive	1
Klaus Schriewer: Herausforderung Europa. Kulturwissenschaftlich-volkskundliche Theoriebildung im Lichte der europäischen Integration	31
Katerina Kratzmann: „Rethinking Identity“ und Migration in der Ukraine	55
Berichte	75
Buchbesprechungen	95
Eingesandte Schriften	154
Anschriften der Autorinnen und Autoren der Aufsätze und Berichte	160
English Summaries (bearbeitet von Stefan Beck, Klaus Schriewer, Katerina Kratzmann)	30, 53, 73

Halbjahresschrift der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde

Aus dem Inhalt

Stefan Beck: Alltage, Modernitäten, Solidaritäten. Soziale Formen und kulturelle Aneignung der Biowissenschaften – Plädoyer für eine vergleichende Perspektive

Klaus Schriewer: Herausforderung Europa. Kulturwissenschaftlich-volkskundliche Theoriebildung im Lichte der europäischen Integration

Katerina Kratzmann: „Rethinking Identity“ und Migration in der Ukraine
Berichte

Buchbesprechungen

Die Zeitschrift erscheint jährlich in zwei Halbjahresbänden mit einem Gesamtumfang von 21 Bogen. Der Bezugspreis beträgt im Abonnement jährlich 47 €. Vorzugsabonnement für Studierende 31 €. Einzelheft 23,50 €. Alle Preise zuzügl. Porto- und Versandkosten. In den angegebenen Preisen sind 7 % MwSt. enthalten. Kündigung nur zum Ende des Jahrganges möglich. Bei Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e. V. ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anzeigenverwaltung: Waxmann Verlag GmbH, Postfach 8603, D-48046 Münster
Gesamtherstellung: Waxmann Verlag GmbH, Postfach 8603, D-48046 Münster
ISSN 0044-3700
<http://www.waxmann.com>; E-mail: order@waxmann.com

Anschriften der Redaktionen:

Aufsatzteil: Prof. Dr. Silke Götsch, Seminar für Europäische Ethnologie/Volkskunde, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, D-24098 Kiel;

Prof. Dr. Reinhard Johler, Ludwig-Uhland-Institut, Schloß, D-72070 Tübingen

Berichte: Prof. Dr. Sabine Doering-Manteuffel, Universität Augsburg, Fach Volkskunde, Universitätstraße 10, D-86159 Augsburg

Besprechungen: Prof. Dr. Uwe Meiners, Museumsdorf Cloppenburg – Niedersächsisches Freilichtmuseum, Postfach 1344, D-49643 Cloppenburg

Waxmann: Münster / New York / München / Berlin



2004/I
100. Jahrgang
Waxmann

Herausforderung Europa

Kulturwissenschaftlich-volkskundliche Theoriebildung im Lichte der europäischen Integration

Von Klaus Schriewer, Murcia/Hamburg

Bestreubungen, Europa als Thema in der Volkskunde zu etablieren, hat es schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegeben. Der Erfolg dieser Initiativen war allerdings begrenzt. So verlief Georg Schreibers Aufforderung zu einer internationalen Volkskunde aus dem Jahr 1930 ohne jegliche Resonanz im Sande.¹ Der schwedische Volkskundler Sigurd Erixon rief zur gleichen Zeit auf, Europa als zentrale Kategorie in die Arbeit einzubeziehen und die Fachbezeichnungen der volkskundlich orientierten Kulturwissenschaften unter dem Namen Europäische Ethnologie zu vereinheitlichen. Sein Vorschlag wurde bis in die Mitte der 1950er Jahre verhandelt, doch nicht zuletzt aufgrund der Skepsis deutschsprachiger Forscher entstand kein international tragfähiger Konsens unter den Wissenschaftlern.² Für die Volkskunde wurde Europa bis auf wenige Ausnahmen keine zentrale Forschungsperspektive, und die Fachbezeichnung Europäische Ethnologie setzte sich nur in wenigen Ländern durch.

Das Desinteresse an einer europäischen Volkskunde hat sich am Ende des 20. Jahrhunderts ins Gegen teil verkehrt. Wer beispielweise das Geschehen an den volkskundlichen, ethnologischen und kulturhistorischen Museen verfolgt, wird vielfältige Aktivitäten erkennen, die sich auf Europa beziehen. Besonders die größeren Häuser haben das Thema aufgegriffen. So entstand im Museum für Völkerkunde in Hamburg eine große Europa-Ausstellung.³ In Berlin wurde das Museum Europäischer Kulturen gegründet.⁴ Kleinere Museen stellen zunehmend Bezüge zu Europa her und nutzen, wie Helmut Oterjann es forderte, ihre Kompetenz in der Regionalforschung, um darauf aufbauend die europäische Dimension von Kulturtypenphänomenen herauszustellen.⁵

1 Georg Schreiber, Nationale und internationale Volkskunde. Düsseldorf 1930.

2 Actes du Congrès International d'Ethnologie Regionale. Athem 1956.

3 Wulf Kopke, Bernd Schmelz (Hrsg.): Das gemeinsame Haus Europa. Handbuch zur europäischen Kulturgeschichte. München 1999, S. 30–43.

4 Das Museum Europäischer Kulturen in Berlin. Kommentare zu einer Neugründung. In: Zeitschrift für Volkskunde 96/1 (2000), S. 50–77.

5 Helmut Oterjann: Sachforschung im grenzüberschreitenden und fächerübergreifenden Vergleich. Regional handeln – global denken. In: Hermann Heidrich (Hrsg.): SachKulturForschung. Gesammelte Beiträge der Tagung der Arbeitsgruppe Sachkulturforschung und Museum in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde vom 15. bis 19. September 1998 in Bad Windsheim. Bad Windsheim 2000, S. 178–194.

Diese Europaarbeit an den Museen ist Ausdruck einer Neuorientierung, die das Fach mit den vielen Namen insgesamt berührt. Europa ist Thema. Es ist abzusehen, dass Europa einen der wichtigsten Bezugspunkte in der kulturwissenschaftlich-volkswissenschaftlichen Forschung der nächsten Jahrzehnte bilden wird. Und es scheint, als greife die Volkskunde in diesem Fall ein Phänomen auf, das zunehmend an Relevanz gewinnt, statt sich in ein Relikt zu verwandeln. Die Europäische Integration ist ohne begleitende Studien zu kulturellen Implikationen kaum vorstellbar, denn das Verständnis von Europa als Einheit in der (kulturellen) Vielfalt bedarf der Übersetzungsaufgabe zwischen den (nationalen) Kulturen. Vor diesem Horizont stellt sich die Frage, wie die Volkskunde auf eine Erforschung Europas vorbereitet ist, welche theoretischen, konzeptionellen und methodischen Überlegungen zu dieser Thematik angestellt wurden und welche Tragweite sie haben. In den letzten Jahren sind von verschiedenen Wissenschaftlern Überlegungen zur kulturwissenschaftlichen Europaforschung vorgelegt worden, sowohl in Deutschland⁶ als auch in anderen Ländern.⁷ Sie bieten Ansatzpunkte, um Möglichkeiten und Grenzen einer Europäischen Ethnologie oder Europäische Volkskunde zu nennen.

Mit diesem Artikel möchte ich einen Beitrag zu dieser erst beginnenden Debatte über die Bedeutung Europas für die kulturwissenschaftlich-volkswissenschaftliche Arbeit leisten. Meine Absicht ist es, einen Beitrag zur Bestimmung der theoretischen Voraussetzungen für eine kulturwissenschaftliche Europaforschung zu leisten und einige der wichtigen empirischen Herausforderungen zu benennen. Aus drei Teilen setzt sich der Artikel zusammen: Zunächst schildere ich kurz die Bedeutung der Europaforshung in der Volkskunde des deutschsprachigen Raums und stelle einige der Vorschläge für eine europäische Forschung vor. Im zweiten Teil stelle ich eine theoretische Perspektive dar, die sich von bisherigen Konzepten dadurch unterscheidet, dass sie das 'gesellschaftliche' von Kultur neu bestimmt. Anknüpfungspunkt für diese Erläuterung bildet die soziologische Debatte über das

⁶ Hermann Bauminger: Region – Kultur – EG. In: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde 48 (1994), S. 113–140; Klaus Roth (Hrsg.): Mit der Differenz leben. Europäische Ethnologie und Interkulturelle Kommunikation. Münster u. a. 1996. Reinhard Jöhrer: „Europa in Zahlen“ – Vergleich – Volkskunde – EU. In: Zeitschrift für Volkskunde 95/II (1999), S. 246–263, hier S. 248; Christian Giordano, Johanna Rasková (Hrsg.): Europäische Ethnologie – Ethnologie Europas / Ethnologie européenne – Ethnologie de l'Europe. Fribourg 1999; Peter Niedermüller: Europäische Ethnologie. Deutungen, Optionen, Alternativen. In: Konrad Körtüm, Peter Niedermüller, Heribert Nikitsch (Hrsg.): Die Wende als Wende? Orientierungen Europäischer Ethnologien nach 1989. Wien 2002, S. 27–62.

⁷ Michael Wintle (Hrsg.): Culture and Identity in Europe. Perceptions of Divergence and Unity in Past and Present. Aldershot u. a. 1996; Jean Cuisenier: Ethnologie de l'Europe. Paris 1993; Gerard Lenclud: Anthropologie de l'Europe, ethnologie européenne. In: C. Giordano, J. Rasková (Hrsg.): Europäische Ethnologie – Ethnologie Europas (wie Anm. 6), S. 15–30; John Borremans, Nick Fowler: Europeanization. In: Annual Review of Anthropology 26 (1997), S. 487–514.

Paradigma des Gesellschaftsbegriffs – eine Debatte, die vor dem Hintergrund der Veränderungen in Europa neue Aktualität erlangt hat. Im ihrem Zentrum steht die Frage nach der Reichweite und Erklärungskraft einer sozialwissenschaftlichen Forschung, die sich auf einen als geschlossene Entität verstandenen Gesellschaftsbegriff beschränkt. Meine These ist, dass diese Debatte auch für die theoretische Konzeption der kulturwissenschaftlichen Forschung von zentraler Bedeutung ist. Mögliche Lösungswege lassen sich ausgehend von Hegels Konzept von Staat, Gesellschaft und Familie erkennen. Diese Theorie, ergänzt durch Erkenntnisse des Kriegstheoretikers Carl von Clausewitz, legt es nahe, den Staat als ein im Anerkennungskampf stehendes Subjekt als zentralen Anknüpfungspunkt in die theoretische Arbeit einzubeziehen. Im dritten Teil des Artikels diskutiere ich, welche Konsequenzen die Arbeit mit dieser Hypothese für die kulturwissenschaftliche Betrachtung Europas hat und führe verschiedene konkrete Beispiele an, die der Erläuterung dienen und mögliche Arbeitsfelder abstecken.

1. Europa als Thema der aktuellen Volkskunde

Die Diskussion über eine angemessene Fachbezeichnung für die kulturwissenschaftlich-volkswissenschaftliche Arbeit hatte in der Folge der Falkensteindebatte Ende der 1960er Jahre dazu geführt, dass einige Institute die Bezeichnung 'Europäische Ethnologie' in ihren Namen aufnahmen. Heute existieren an den Universitäten im deutschsprachigen Raum immerhin elf Institute für Europäische Ethnologie, ein Drittel der volkskundlichen Ausbildungsstätten also.⁸

Wollen diese Institute ihrem Namen gerecht werden, sollten sie mit ihrer Arbeit eine Vorreiterrolle für die Erforschung Europas einnehmen. In Bezug auf die theoretische Arbeit ist das nicht immer der Fall, im Gegenteil dient Europa gelegentlich als Etikett und steht nicht im Zentrum der Betrachtungen.⁹ Das Engagement der Institute lässt sich zumindest in groben Zügen anhand der Publikationen und Abschlussarbeiten eruieren. In Marburg beispielsweise, wo sich das Institut aufgrund der Bemühungen von Ingeborg Weber-Kellermann früh umbenannte, entstanden in den 1970er und 1980er Jahren Abhandlungen über Südosteuropa.¹⁰ Später gingen die Aktivitäten in Marburg zurück. In den letzten zehn Jahren entstanden nur wenige Studien über kulturelle Phänomene in anderen europäischen Ländern. Lediglich Karl Brauns Arbeit über den Stierkampf in Spanien und Eva Zwachs Arbeit über Militärmuseen in England schlagen hier zu Buche.¹⁰

⁸ Wolfgang Kaschnitz: Einführung in die Europäische Ethnologie. München 1999.

⁹ Amelie Schenk, Ingeborg Weber-Kellermann: Interethnik und sozialer Wandel in einem mehrsprachigen Dorf des rumänischen Banats. Marburg 1973.

¹⁰ Karl Braun: Der Tod des Stiers. Fest und Ritual in Spanien. München 1997; ders.: Toro! Spanien und der Stier. Berlin 2000. Weiterhin entstanden sind eine Studie über den europäischen Kultursender ARTE (1997), zwei Studien zur Integration von Ausländern in Deutschland (1995/97) und zwei Studien zu Tourismus und Reiseliteratur (1995/99).

Eine Auswertung der Abschlussarbeiten, die zwischen 1994 und 2000 an den deutschsprachigen Instituten beendet wurden, gibt Aufschlüsse über die gegenwärtigen Aktivitäten im Fach insgesamt.¹¹ Bei dieser Bestandsaufnahme wurde ermittelt, wie viele Arbeiten die Kultur in den nicht-deutschsprachigen Ländern Europas thematisieren. Zudem wurden angrenzende Themenstellungen wie die Migration aus europäischen Ländern nach Deutschland und die Migration bzw. der Tourismus Deutscher in andere europäische Länder berücksichtigt. Das Ergebnis ist einheitlich. An einigen Instituten für Europäische Ethnologie wie Bayreuth, Basel oder Innsbruck wurden keine Arbeiten zum europäischen Ausland durchgeführt, am Institut in Frankfurt hingegen konnten insgesamt 18 Arbeiten notiert werden, wobei es sich in 12 Fällen um Feldstudien handelt, die im europäischen Ausland durchgeführt wurden, und in sechs Fällen um Arbeiten zu Migrationsprozessen oder zum Tourismus. Ähnlich viele Europastudien wurden lediglich am Tübinger Institut für Empirische Kulturwissenschaft (12 Studien zum europäischen Ausland, 5 Studien zu Migration und Tourismus) abgeschlossen. Auch wenn solch absolute Zahlen nur bedingte Aussagekraft besitzen, weil sie in Relation zu verschiedenen Faktoren wie die Studierendenzahl oder die jeweilige Ausstattung gesehen werden müssen, lässt sich doch sagen, dass der Erforschung der Kultur anderer europäischer Länder bislang nur an einigen Instituten Bedeutung beigemessen wurde. Und selbst an diesen Instituten stellen sie, verglichen mit der Zahl der Abschlussarbeiten, nur einen kleinen Teil dar.

Betrachten wir einige der in den letzten Jahren vorgestellten Konzepte für eine Europäische Ethnologie: Klaus Roth vertritt das Konzept der Interkulturellen Kommunikation. Es konzentriert sich auf die Analyse der Wechselbeziehungen zwischen den Menschen der verschiedenen Völker. Er versteht sie als „Wissenschaft von den kommunikativen Interaktionen und Bedeutungsvermittlungen zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen, von der Wahrnehmung und der Hermeneutik des Fremden und vom Umgang mit kultureller Differenz“¹², und sieht damit entscheidende Fragestellungen einer Europäischen Ethnologie behandelt. Roth geht es mit diesem Ansatz um die Ebene der zwischenmenschlichen Kommunikation sowie die Wahrnehmungsweisen und Stereotype, die sich in ihr ausdrücken. Die hier angeschnittenen Fragestellungen besitzen für eine Volkskunde, die Europa zu ihrem Thema macht, eine große Bedeutung. Denn es kommt zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten zu vielfältigen Kontakten, sei es durch die anhaltende Migration, den Tourismus oder durch die Europäisierung der Arbeit. Allerdings bleibt das Konzept der Interkulturellen Kommunikation zu sehr nur auf diese Ebene fixiert. In seiner Struktur und Denkweise ist zu wenig gefordert, die

Bedingungen und Prozesse in den europäischen Gesellschaften zu berücksichtigen. Es verbleibt bei der Analyse der Wahrnehmungs- und Denkstrukturen des Einzelnen und beschränkt sich ohne zwingenden Grund auf einen Ausschnitt kultursenschafter Forschung. Gerade bei einer Erforschung Europas aber ist es notwendig, auch weitere Bezüge mit in Betracht zu nehmen, denn die Integration Europas ist vor allem auch ein politischer Prozess, ohne dessen Analyse eine Kommunikationsanalyse isoliert bleiben muss.

Teil des Konzeptes von Roth ist ein Plädoyer für eine Volkskunde, die sich ihrer politischen Verantwortung bewusst ist und ihr Wissen nutzt, um „das Versehen zwischen den ethnischen Gruppen und Völkern zu fördern.“¹³ Der Forderung den politischen Charakter der Kulturwissenschaft Volkskunde zu beachten, ist uneingeschränkt zuzustimmen, allerdings ist zu bedenken, dass Forschung sich nicht politische Ziele setzen und die theoretische und empirische Arbeit dann diesen Vorgegeben entsprechend einrichten sollte. Sie verkäme zu einer Ideologie, die ihre Legitimation als wissenschaftliche Praxis verliert. Eine Forschung, die ein reelles Wechselspiel mit der Politik sucht, muss bereit sein, ihre Begriffe aufs Spiel zu setzen. Das bedeutet, dass sie weltanschaulich motivierte Zielsetzungen – welcher Couleur auch immer – nicht als Ausgangspunkt wählt und sich nicht als rechte Hand der Politik begreift, sondern als konstruktiv-kritischer Gegenspieler, der auch politische Zielsetzungen wie die der Völkerverständigung in ihrem Praxiszusammenhang analysiert.¹⁴

In die Richtung einer Kulturanalyse, die das Politische stärker berücksichtigt, weisen die Forschungen Reinhard Johlers, die die EU samt ihrer Institutionen zum Thema machen.¹⁵ In verschiedenen Beiträgen zeigt er auf, dass die politische Großinstitution EU ein ertragreiches empirisches Objekt ist, wenn beispielsweise die Entwicklungen von nationaler und europäischer Identität analysiert werden sollen.¹⁶

Johler bezeichnet als überraschend, dass die „politische und kulturelle Konstruktion der ‘Europäischen Union’ bisher im Fach auf wenig Interesse gestoßen ist.“¹⁷ Doch das Problem einer kulturwissenschaftlichen Europa- und insbesondere einer EU-Forschung ist nicht nur eine Frage mangelnden Interesses auf Seiten der Forscher, sondern vor allem ein theoretisches Problem. An Johlers Verweis ist interessant,

¹³ Ebd., S. 18.

¹⁴ Thomas Höglund: Ethnologie und Politik. Das aristotelische Erbe in den Kulturwissenschaften. In: Zeitschrift für Volkskunde 98/II (2002), S. 183–204.

¹⁵ Siehe etwa Reinhard Johler: „Wir müssen Landschaft produzieren.“ Die Europäische Union und ihre ‘Politics of Landscape and Nature’. In: Rolf Wilhelm Bredin, Annette Schneider, Ute Werner (Hrsg.): Natur – Kultur. Volkskundliche Perspektiven auf Mensch und Umwelt. Münster u.a. 2001, S. 77–90.

¹⁶ Reinhard Johler: Telling a national story with Europe. Europe and the European Ethnology. In: Ethnologia Europaea 29 (1999), S. 67–73.

¹⁷ R. Johler: „Europa in Zahlen“ (wie Ann. 6), S. 11–27, hier S. 20.

11 Die Auswertung erfolgte anhand der Examensarbeiten, die in den dgv Informationen als abgeschlossen bekannt gemacht wurden.
12 Klaus Roth: Europäische Ethnologie und Interkulturelle Kommunikation. In: Ders. (Hrsg.): Mit der Differenz leben (wie Ann. 6), S. 11–27, hier S. 20.

ressant, dass er die politische Dimension anspricht. Hier vermute ich das eigentliche Defizit in der volkskundlichen Theoriebildung. Wenn die Europäische Union in der volkskundlichen Forschung einen größeren Stellenwert bekommen soll, was angesichts einer unübersehbaren Europäisierung der (Alltags-)Kulturen notwendig ist, dann muss in der theoretischen Arbeit stärker als bisher problematisiert werden, wie die Relation zwischen Kultur und politischen Institutionen zu denken ist.¹⁸ Benannt wird dieses Defizit nur gelegentlich, etwa von Christian Giordano, der meint, dass die „deutsche Ethnologie die politische Sphäre der Gesellschaft übermäßig häufig aus ihren Überlegungen ausgeklammert hat.“¹⁹ Diese Aufgabe, das Politische stärker einzubeziehen, führt zu einem vielfach unhinterfragt vorausgesetzten Paradigma der Volkskunde: Gesellschaft wird als isoliertes Gebilde betrachtet und aus sich heraus erklärt. Kultur, die als in ihr verankertes Phänomen begriffen wird, kann folglich lediglich als Produkt endogener Prozesse verstanden werden.

2. Von der Gesellschaft über den Staat nach Europa

Es ist ein im Fach akzeptierter Konsens, dass Gesellschaft zu den zentralen Begriffen kulturwissenschaftlicher Arbeit zählt. Diese Auffassung spiegelt sich beispielweise in der Forderung von Hermann Bausinger, dass wesentliche Aufgabe volkskundlicher Arbeit sei, „die jeweiligen geschichtlichen und damit auch gesellschaftlichen Bedingungen kultureller Erscheinungen zu erfassen“²⁰. Zwar hat es im Fach immer wieder unterschiedliche Auffassungen über die inhaltliche Bestimmung des Begriffs gegeben, doch verblieb die Kritik immer der Frage verbaut, wie das Machtverhältnis verschiedener Schichten, Gruppen oder Klassen innerhalb einer Gesellschaft zu interpretieren ist.²¹

Eine weitaus radikalere Kritik am bisherigen Gesellschaftsbegriff wurde in der neuen soziologischen Debatte geäußert:²² Einwände, die auch für die Volkskunde bedeutsam sein dürften. Der Tübinger Soziologe Friedrich Tenbruck meldete in der Folge der internationalen Veränderungen am Ende der 1980er Jahre nachdrücklich Bedenken an der Aussagekraft des gängigen soziologischen Gesellschaftsmodells an

¹⁸ S. dazu insbesondere *T. Häfner*: Ethnologie und Politik (wie Anm. 14).

¹⁹ *Christian Giordano*: El abismo entre el estado y los ciudadanos en las sociedades complejas. In: *Luis Álvarez Muñoz, Fina Anton Huerta* (Hrsg.): *Antropología del Mediterráneo*, Murcia 2001, S. 178–197, hier S. 178; „la etnología alemana ha dejado demasiado a menudo fuera de consideración la esfera política de la sociedad.“

²⁰ *Hermann Bausinger*: Einleitung. In: Ders., *Utz Jeggel, Gottfried Konff, Martin Schaffé*: *Grundzüge der Volkskunde*. Darmstadt 1978, S. 1–15, hier S. 11.

²¹ Das beste Beispiel für diese Auseinandersetzung bietet noch immer die Falkenstein-Debatte.

²² *Wolfgang Knobl, Gunmar Schmidt* (Hrsg.): *Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne*. Frankfurt/M. 2000; *Friedrich H. Tenbruck*: *Gesellschaftsgeschichte oder Weltgeschichte?* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 30, 1989, S. 417–439.

und fordert zu einer kritischen Rekonstruktion auf. Tenbruck beanstandet, dass sich die Soziologie an einem „unwirklichen ‘Ein-Gesellschafts-Modell’“²³ orientiere. Bei der soziologischen Analyse komme ein Gesellschaftskonzept zur Anwendung, das Phänomene und Prozesse im Rahmen einer scheinbar isolierten Gesellschaft erkläre, nicht aber mit Blick auf ihre äußere Bedingtheit. Mit Tenbrucks Worten formuliert: „bestehen blieb die Annahme, dass jede Gesellschaft in ihrem Sein und Werden aus ihren inneren Lagen ursächlich erklärt werden könne und müsse.“²⁴ Die soziologische Gesellschaftsauffassung sei in theoretischer Hinsicht ein „Unding“²⁵. Eine ähnliche Auffassung wie Tenbruck vertritt mit Blick auf die soziologische Europaforschung auch Maurizio Bach. Er hält die Beschränkung auf nationale Gesellschaften und selbst ihren Vergleich für wenig geeignete Mittel, die aktuellen Prozesse der Europäisierung zu erforschen.²⁶

Tenbruck stellt mit seiner Kritik die theoretische Grundlage der Soziologie eines ganzen Jahrhunders in Frage. Denn es war eine unverrückbare Prämissen soziologischen Denkens, Gesellschaft aus sich selbst heraus zu erklären. Damit blieb die Soziologie der Naturrechtsphilosophie verhaftet und definierte Gesellschaft als Zusammenschluss der Menschen in einem bestimmten Bereich, ohne äußere Faktoren besonders zu gewichten. Auch der Staat wurde, wenn er nicht gänzlich unberücksichtigt blieb, dieser Betrachtung unterworfen und aus inneren Prozessen heraus erklärt. Ein Blick auf die Klassiker soziologischen Denkens zeigt das Einvernehmen: Emile Durkheim vergleicht Gesellschaft mit einem Organismus, ohne ihn in seine Umwelt einzubetten.²⁷ Max Weber definiert den Staat als ein „Herrschtsverhältnis von Menschen über Menschen“²⁸, das auf einem bestimmten Territorium ausgeübt wird und der Legitimierung bedarf. Karl Marx begreift den Staat als Instrument der herrschenden Klasse.

Verwunderlich an Tenbrucks Beitrag ist, dass er den Begriff des Staates ausklammert. Dessen Bedeutung systematisch zu verfolgen, hätte nahe gelegen, denn der Verweis auf die Außenbezüge von Gesellschaft meint im wesentlichen die Relationen, die zwischen Staaten existieren. Ansatzpunkte für eine solche Erörterung hat schon Georg W. F. Hegel geliefert, der Tenbrucks Argument gegen das ‘Ein-Gesellschafts-Modell’ vorwegnimmt und es ausdrücklich mit dem Staat verknüpft. Hegels Konzept ist, trotz all seiner Schwächen, nicht nur für die soziologische

²³ *F. Tenbruck*: Gesellschaftsgeschichte oder Weltgeschichte (wie Anm. 22), S. 417.

²⁴ *Ebd.*, S. 420f.

²⁵ *Ebd.*, S. 428.

²⁶ *Maurizio Bach*: Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration. In: *Maurizio Bach* (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40)*. Wiesbaden 2000, S. 11–35.

²⁷ *Emile Durkheim*: Über die Teilung der sozialen Arbeit. Frankfurt/M. 1977.

²⁸ *Max Weber*: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen 1980, S. 822.

Debatte zentral, sondern auch für die kulturwissenschaftliche Europaforschung. Der Kontext, in dem Hegel seine Überlegung anstellt, ist folgender:

In der Rechtsphilosophie entwickelt Hegel eine Theorie über das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Familie in seiner Zeit. Er arbeitet dazu mit einem Modell, das drei Perspektiven erschließt: die des Allgemeinen, des Besonderen und des Einzelnen. Der Staat ist für ihn Ausdruck des Allgemeinen, die bürgerliche Gesellschaft ist Ort des Besonderen, und das Individuum samt Familie sind Bereiche des Einzelnen. Der Hegelforscher Shlomo Avineri erkennt in dieser Unterscheidung auch drei Formen zwischenmenschlicher Beziehung: „partikularer Altruismus – die Familie; universeller Egoismus – bürgerliche Gesellschaft; universeller Altruismus – der Staat.“²⁹

Der Staat ist Hegel zufolge – im Gegensatz zur einzelnen Person – als „selbständige Totalität“³⁰ zu verstehen. Er ist damit das eigendliche Subjekt der Kulturgeschichte. Anders als das Individuum habe er keine moralische oder rechtliche Instanz über sich. Die Aktualität dieses Gedankens hat sich erst kürzlich am Konflikt zwischen der UNO und den USA in der Irakkrise gezeigt. Es bleibe „in dieser Beziehung immer beim Sollen“, denn der Staat sei „gegen den anderen in souveräner Selbstständigkeit“³¹. In diesem Gedanken der Souveränität spielt der Anerkennungskampf zwischen den Staaten eine zentrale Rolle, und auch der Krieg ist eine seiner möglichen Erscheinungsformen. Es ist dieser Gedanke des Anerkennungskampfes, an den Tenbrück anknüpft.

Die Gesellschaft ist in Hegels Konzept eine „Sphäre eignenütziger Interessen“³² und des Egoismus, die wesentlich auf vertraglichen Vereinbarungen beruht. Jeder verfolgt hier seine eigenen Ziele, oder wie Hegel es formuliert: „In der bürgerlichen Gesellschaft ist jeder sich Zweck, alles andere ihm nichts.“³³ Hegel begründet die soziale Stratifikation der Gesellschaft damit, dass der Einzelne andere benötigt, um seine Zwecke zu erreichen. Sie sind ihm Mittel. Hieraus leitet er verschiedene Interessengruppen ab, die Strände. Der substantielle Stand gewinnt Naturprodukte aus dem Boden. Hegel zählt neben den Bauern auch die Adeligen zu diesem Stand, was als eine der Schwächen seiner Interpretation zu werten ist. Der substantielle Stand ist Hegels Einschätzung nach konservativer, religiöser und schicksalsgeründer als die anderen Stände, besonders weil er in seiner Produktion der Natur ausgeliefert ist und nur bedingten Einfluss ausüben kann. Der formelle Stand, der des Gewerbes, „hat die Formierung des Naturproduktes zu seinem Geschäft“³⁴ und

unterteilt sich nach Handwerkern, Fabrikanten und Handelsstand. In ihm ist laut Hegel der Egoismus am meisten entfaltet, denn er muss beständig neue Wege der Transformation suchen. Der allgemeine Stand schließlich, der der Staatsdienner, arbeiter im Interesse der Allgemeinheit. Diese verschiedenen Stände sind Ausdruck des Besonderen und treten für ihre speziellen Interessen ein. Sie sind „die Wurzel, durch die die Selbtsucht sich an das Allgemeine, an den Staat knüpft.“³⁵ In der bürgerlichen Gesellschaft gilt also „das Recht, sich nach allen Seiten hin zu entwickeln und zu ergehen“, während dem Staat das Recht zusteht, sich als „die Macht über sie und ihren letzten Zweck zu erweisen.“³⁶

Ihre Ergänzung findet diese Beschreibung im Einzelnen. Hegel erkennt das Individuum als Akzidentelles und Willkürliches, das in der Familie seinen ersten Bezugspunkt findet. Diese bildet den Kern der Sittlichkeit und den Nukleus von Gesellschaft und Staat. Ihr wesentliches Moment und das ihrer grundlegenden Relation, der Ehe, sei die Liebe, die das „Bewusstsein meiner Einheit mit einem anderen“³⁷ meine. Der Einzelne ist auf diese Weise in der Familie aufgehoben. In Hegels Konzept unterliegt die Familie ebenso wenig einem Vertragscharakter wie der Staat. Aus heutiger Sicht ist unübersehbar, dass Hegels Einschätzung der Familie romantisch verklärt ist, und dass sich im Gegensatz dazu Kants Beschreibung der Ehe als Vertragsgemeinschaft historisch betrachtet als trifftig erwiesen hat. Auch das Fortschreiten der Freiheit, das Hegel, die Individualisierungsthese vorwegnehmend, in seiner Geschichtsphilosophie prognostiziert,³⁸ findet in seinem Familienkonzept keinen konsequenten Ausdruck.

Hegels Differenzierung zwischen Gesellschaft und Staat hat im 19. Jahrhundert bis in die Volkskunde hinein gewirkt. So weist Wilhelm Heinrich Riehl in seiner kurzen Abhandlung „Über den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft“³⁹ darauf hin, dass sich Staat und Gesellschaft unterscheiden und doch gegenseitig bedingen. Allerdings stellt Riehl nicht den Bezug zum Anerkennungskampf her, und ohne ihn verliert der Begriff des Staates eine seiner notwendigen Voraussetzungen. Kulturstoffschaffler unterschiedlichster Couleur gehen im 19. Jahrhundert dazu über, aus ihren Betrachtungen auszuklammern, dass der Staat ein soziales Gebilde darstellt, das durch den Anerkennungskampf bedingt ist. Friedrich Kittler hat deshalb kürzlich zu Recht darauf hingewiesen, dass Kulturstoffschaffler wie Jakob Burckhardt eine „Kulturgegeschichte als Gegenteil aller Staats- und Kriegsgeschich-

²⁹ Ebd., S. 354f.

³⁰ Ebd., S. 340.

³¹ Ebd., S. 307.

³² Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Frankfurt/M. 1999.

³³ Wilhelm Heinrich Riehl: Über den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft. Vortrag in der königlichen Akademie der Wissenschaften zu München am 30. März 1864. Abgedruckt in den Sitzungsberichten der Akademie. München 1864. Hier nach der Ausgabe: Wilhelm Heinrich Riehl: Die bürgerliche Gesellschaft. Frankfurt/M. 1976, S. 270–285.

te“⁴⁰ betrieben haben – eine Einschätzung, die auch für die Volkskunde gelten dürfte.

Dieses Verschwinden des Staates aus der gesellschafts- und kulturwissenschaftlichen Theoriebildung dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass Hegel letzlich nicht erklären konnte, warum es im Anerkennungskampf zwischen den Staaten zu einer Anerkennung kommen muss. Das hätte die Rolle der Staaten als das eigentliche Subjekt theoretisch abgesichert – so blieb es bei der Behauptung. Mit dieser Bestimmung aber steht und fällt sein Gedankengebäude. Einen wesentlichen Hinweis zu dieser offenen Frage liefert der dänische Friedensforscher und Soziologe Anders Bøestrup, der beim Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz das entscheidende Argument lokalisiert, mit dem Hegels Behauptung bestätigt werden kann.⁴¹ Clausewitz, ein Zeigengenoss Hegels, legt in seiner Analyse des Krieges dar, warum die Staaten im Anerkennungskampf gezwungen sind, einander zu respektieren.⁴² Den Grund erkennt er im prinzipiell ungleichgewichtigen Verhältnis von Angriff und Defensive, das eine Pause im Anerkennungskampf auch in theoretischer Hinsicht erklärt. Das Verhältnis der Staaten ist auf der Grundlage der Konzeption von Hegel und Clausewitz als fortwährender Anerkennungskampf zu beschreiben. Der Frieden ist in dieser Interpretation als prekäre Situation der Pause zu verstehen und keineswegs ein Normalzustand. Der Krieg ist dann keine pathologische Erscheinung, wie gern behauptet wird, sondern eine in der Logik der internationalen Beziehungen angelegte Form des Anerkennungskampfes.

Wird dieser Sachverhalt in der theoretischen Arbeit konsequent umgesetzt, bedeutet dies, dass der Staat nach Außen und nach Innen als souveränes, übergeordnetes Subjekt zu sehen ist, dessen wesentliches Existenzmerkmal darin besteht, sich im Anerkennungskampf behaupten zu müssen. Auch sein Binnenleben – Gesellschaft, Familie, die gesamte Kultur – ist dann unter dieser Prämisse zu betrachten; eine Perspektive, die sich deutlich von bisherigen kulturwissenschaftlichen Ansätzen unterscheidet, die dem Paradigma der Gesellschaft folgen. Die Analyse muss dann von der These ausgehen, dass der Staat darum bemüht sein muss, sich so zu organisieren, dass er die notwendigen Ressourcen mobilisieren kann, um eine Defensive aufzubauen, die der Offensive des Gegners überlegen ist. Hierin liegt der eigentliche Grund für die äußere Bedingtheit, von der Tenbruck mit Blick auf die Gesellschaft spricht. Der Staat muss darauf hinwirken, dass sich die Gesellschaft so organisiert, dass er politisch, militärisch, wirtschaftlich und ideologisch

seine Existenz sichern kann. Die Kultur, die seine Bürger entfallen können, und die Entwicklung, die eine Gesellschaft einschlagen kann, hängen also entscheidend von den Möglichkeiten und Herausforderungen ab, die sich dem Staat als Teil des Staatensystems stellen und welche Antworten er darauf mit seiner Gesellschaft findet.

Der Staat als das eigentlich souveräne Subjekt in der Geschichte ist es dann, der nach Innen hin den Status eines abhängigen Subjekts verleiht an Organisationen, Betriebe, die Familie oder einzelne Personen. Dass der Status eines anerkannten Subjekts in einem Staat nicht von sich aus gegeben ist, sondern Ergebnis eines gesellschaftlich-politischen Diskurses darstellt, zeigt sich beispielsweise daran, dass der Frau in vielen Ländern erst im 19. Jahrhundert das Wahlrecht und somit der Status einer Staatsbürgerin (eines abhängigen oder interpellierten Subjekts⁴³) zuerkannt wurde.

Aus dem Anerkennungskampf erklärt sich auch, warum der Staat im Sinne Hegels als das Allgemeine zu betrachten ist. Er muss, wie schon Hobbes hervorhebt,⁴⁴ nach Außen hin als ein Wille auftreten. Um das zu gewährleisten, muss er die Besonderheiten in seiner Gesellschaft aufheben, Universalismus anstreben, einen Willen formulieren und nach außen als solcher agieren. Dazu genügt es keineswegs, dass der Staat die gegenläufigen Interessen nur ausgleicht; das Allgemeine des Staates besitzt im Gegenteil eine eigene Qualität, die sich aus den vom Staat (genauer seiner aktuellen politischen Macht) definierten Eigeninteressen ergibt.

Der Gedanke, dass der Staat eine sich selbst verteidigende Einheit darstellt, eröffnet neue Perspektiven für die Analyse beispielsweise der westeuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg. So ist die Entwicklung Deutschlands, sein Prozess der Europäisierung und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates ohne den Einfluss der Besatzungsmächte und die Frontstellung zum kommunistischen Ostblock kaum zu erklären. Dänische Volkskundler gehen so weit, das dänische Modell des Wohlfahrtsstaates als ideologische Verteidigungsform gegen die Bedrohung durch die ‘kommunistischen’ Staaten zu beschreiben⁴⁵ – ein Experiment, das auch die Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands in ein neues Licht rückt.

Die enge Zusammenarbeit, die die Bundesrepublik unter Konrad Adenauer mit den europäischen Nachbarn – allen voran Frankreich – suchte, ist als Versuch zu sehen, den durch die nationalsozialistische Vergangenheit belasteten Staat interna-

40 Friedrich Kittler: Eine Kulturgeschichte der Kulturwissenschaft. München 2001, S. 131.

41 Anders Bøestrup: Krieg, Staat und Frieden. Eine Weiterführung der Gedanken von Clausewitz. In: Carl Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens in Europa. Politische und militärische Voraussetzungen. München, Wien 1990, S. 244–263; Thomas Heijnp: Staat, Kultur, Gesellschaft. Marburg 1995 (überarb., englische Version: State, Culture and Life-Modes. The Foundations of Life-Mode Analysis. London 2003).

42 Carl von Clausewitz: Vom Kriege. Vollst. Ausgabe im Urtex mit völlig überarb. und erw. historisch-kritischer Würdigung von W. Hahlweg. Bonn 1919/1980.

43 Hegel spricht vom abhängigen Subjekt, Luis Althusser hingegen benutzt den Begriff des interpellierten Subjekts, um herauszustellen, dass dieses auch den Staat mit gestaltet. Siehe Luis Althusser: Ideologie und ideologischer Staatsapparat. Hamburg 1977.

44 Thomas Hobbes: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates. Berlin 1996.

45 Thomas Heijnp: Dannsens dialektik. Ethnologische Herausforderungen zu (dem Buch) Das vergessene Volk.

tional wieder zu Anerkennung zu verhelfen. In Frankreich bestand ebenso wie in den USA ein großes Interesse daran, der Kriegsgefahr in Europa durch eine engere Kooperation der 'Erzfeinde' vorzubeugen. Nicht ohne Grund waren es die kriegswirtschaftlich bedeutenden Ressourcen Kohle und Stahl, die einer gemeinsamen Kontrolle unterstellt wurden.⁴⁶ Der Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation wurde in der Folge als eine Möglichkeit gesehen, die Beziehungen zu festigen und die nationalen Ökonomien für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu stärken. Schon vor dem Fall der Berliner Mauer entwickelte sich die Europäische Gemeinschaft so zu einer internationalen Institution, die auf viele Lebensbereiche großen Einfluss nahm. Der Vertrag von Maastricht, der nur kurze Zeit nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems unterzeichnet wurde und auch als Reaktion auf eine neue weltpolitische Lage zu verstehen ist, forciert den Prozess der Integration Europas und macht es zumindest wirtschaftlich zu einem Gegenpol der USA.⁴⁷ Nicht zuletzt damit führt das Experiment Europa in den Nationalstaaten und ihren Gesellschaften zu weit reichenden Transformationen – Prozesse, die eine politische Wissenschaft wie die Volkskunde mit ihrer spezifischen Perspektive begleiten sollte. Darüber hinaus stellt sich für die Staaten der EU auch die Frage, ob sie weiterhin Dependancen der USA bilden wollen oder ob sie welpolitisch aus dem Schatten der letzten Supermacht heraustreten und eigene Akzente setzen möchten.⁴⁸

3. Perspektiven des kulturwissenschaftlichen Europastudiums

Soll die europäische Perspektive in der Forschung berücksichtigt werden, stellt sich nach dem jeweiligen Objekt und der Zielsetzung einzelner Projekte die Aufgabe, die Interdependenzen zwischen EU, Nationalstaaten, ihren Gesellschaften und Bürgern einseits und die Relationen zu den Staaten außerhalb der EU andererseits in die Analyse mit einzubringen. Diese Perspektive gibt der Forderung, kulturelle Phänomene in ihrem 'gesellschaftlichen' Kontext zu betrachten, einen neuen, theoretisch anders gelagerten Inhalt. Von den bisherigen Problemkizzzen⁴⁹ hebt sie sich ab, indem sie das Fahrwasser der vom Paradigma der Gesellschaft geprägten Soziologie verlässt und einen alternativen Vorschlag für ein tragfähiges Fundament der kulturwissenschaftlichen Theoriearbeit entwickelt. Bislang wurden

die 'übergeordneten' Fragen der 'Gesellschaft' im kleinen Fach Volkskunde eher als Zusändigkeitssbereich der Soziologie und Politologie verstanden und nicht konsequent in die Erarbeitung *kulturwissenschaftlicher* Begriffszusammenhänge eingezogen. Nun stellt sich der Volkskunde (ebenso wie der Soziologie) die Herausforderung, theoretische Ansätze zu entwickeln, die ihr ermöglichen, die gegenwärtigen Prozesse in Europa zu analysieren. Mit Rückgriff auf Hegel argumentiere ich dafür, den Staat als wesentliche Komponente in die Analyse zu integrieren und die Relationen zwischen den verschiedenen sozialen Instanzen systematischer als bisher in ihrer Bedeutung für die Kultur zu betrachten.

Nun ließe sich einwenden, dass diese Idee einer der Verhaltensweisen gleichkommt, die der Volkskunde immer wieder nachgesagt worden sind: Sie untersucht einen Zusammenhang immer dann, wenn er zu verschwinden scheint. Das gilt für Wilhelm Heinrich Riehl und seine Studien zum Bauernum ebenso wie für die Volkskunde der 1970er Jahre und ihr Interesse an der Arbeiterkultur. Dass nun der Staat zu einem Thema erkoren werden soll, könnte in diese Vorliebe für das im verschwinden Begriffene eingeordnet werden. Tatsächlich besteht die Möglichkeit, dass der Nationalstaat europäischer Couleur verschwindet; aus theoretischer Sicht aber scheint es unerlässlich, den Bezug zum Staatsbegriff herzustellen, auch um einschätzen zu können, ob mit der EU ein Staat neuer Art entsteht – was für die Kulturen Europas weit reichende Konsequenzen haben dürfte.

Wesentlich für die Volkskunde ist, dass sie aus der Diskussion über das Paradigma Gesellschaft ihre Schlüsse für die theoretische Arbeit zieht, gleichwohl aber das Fahrwasser der Soziologie verlässt und ihre eigenen Schwerpunkte kulturspezifischer Art setzt. Dabei sollte sie sich keineswegs auf eine Beschreibung der Kultur im Alltag beschränken, die im Wesentlichen die Ebene der Individuen fokussiert. Sie sollte vielmehr die Interdependenzen zwischen der EU, den Nationalstaaten und ihren Gesellschaften samt ihrer Bürger aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive erschließen, d. h. unter der Fragestellung, welche Kulturen, welche tragfähigen Formen sozialer, alltäglicher Praxis sich in einem Europa entwickeln, das seine Position im internationalen System neu bestimmt.

Dass dabei aus methodischer Sicht die Analyse der Bewusstseinsformen zentral ist, ergibt sich schon daraus, dass der Einzelne *den empirischen Zugang der kulturspezifischen Forschung bildet und die Entschlüsselung seiner Sinnstrukturen wesentlich zum Verstehen kultureller Phänomene beiträgt*. Es geht aber weder darum, den Einzelnen als Quelle des sozialen Lebens zu sehen, noch ihn umgekehrt als Produkt zu erkennen – es geht ganz anders als in diesen an das Alltagsdenken gekoppelten Kausalerklärungen um die notwendigen begrifflichen und logischen Zusammenhänge, die im Einzelnen als dem willkürlichen Ausdruck treffen vielfältiger kultureller Artikulationen ihren Ausdruck finden. Ein Beispiel: Wenn ein Bürger der Niederlande sich heute in einer spezifischen Weise als Europäer fühlt und der Kulturrwissenschaftler Ansätze eines europäischen Bewusstseins zu konstatieren geneigt ist, muss die Analyse das nationale Bewusstsein und regio-

⁴⁶ John Gillingham: Coal, steel, and the rebirth of Europe, 1945–1955: the Germans and French from Ruhr conflict to economic community. Cambridge u. a. 1995.

⁴⁷ Vgl. dazu Robert Kagan: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin 2003.

⁴⁸ Diese Frage wurde erst kürzlich deutlich, als die USA die Konstitution des Internationalen Strafgerichtshofes behinderten. Siehe zur neuen Rolle der EU im Vergleich zu den USA u. a.: Das erweiterte Europa im neuen internationalen System. Ist Europa reif für eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik? SEF NEWS, Nr. 14, Juni 2002.

⁴⁹ Wolfgang Kaschuba: Kulturalismus. In: Zeitschrift für Volkskunde 91/1 (1995), S. 27–46. Siehe auch Carola Lipp: Politische Kultur oder das Politische und Gesellschaftliche in der Kultur. In: Kulturgeschichte Heute (1996), S. 78–110.

nale und lokale Selbstverortungen betrachten. Sie bleibt aber unvollständig und wenig aussagekräftig, wenn nicht die Bestrebungen der EU zur Schaffung einer europäischen Identität auch durch Abgrenzung nach außen⁵⁰ und die Debatten zu Europa in den Niederlanden einbezogen werden. Es wird im Einzelfall zu entscheiden, welche der genannten Interdependenzen in eine Studie einzubeziehen und genauer zu studieren sind. Hier können die verschiedenen Relationen lediglich benannt und kurz umrissen werden.

3.a Die EU – ein neuer Allgemeines?

Gegenwärtig befinden wir uns in einer Situation, in der sich immer deutlicher die Möglichkeit abzeichnet, dass sich in Europa ein neues politisches Subjekt bildet, das mit hegelischen Kategorien als Allgemeines zu bezeichnen ist. Bislang bildet die Europäische Union eine Föderation autonomer, miteinander kooperierender Staaten, von denen einige ihren Status als selbstbestimmte Subjekte verteidigen und weiterhin die entscheidenden Schaltstellen bilden wollen. Möglicherweise aber entwickelt sich das „staatsähnliche politische Regime“⁵¹, von dem Rolf Lepenies mit Blick auf die EU schreibt, auf längere Sicht zu einem eigenständigen und vollwertigen Staat. Der Nationalstaat könnte ablösen werden.

Die EU tritt dabei als ein politischer Akteur auf, der bestrebt ist, die Ansätze von Souveränität, die er bislang nach Innen und Außen erlangt hat, auszubauen. Dieses Bemühen lässt sich einerseits in den Veränderungen der konkreten politischen Strukturen erkennen, in deren Zuge europäische Regelungen die nationalstaatlichen überlagern und sich unerordnen. Andererseits wird die EU bestreben sein müssen, einen Rückhalt unter den Bürgern Europas zu etablieren. Wesentlich dafür ist es, ein europäisches Bewusstsein zu formen, das Ausgangspunkt für die Legitimierung des politischen Systems und für ein neues Zughörigkeitsgefühl auf europäischem Niveau sein kann.

Eine der Aufgaben, die sich der Volkskunde in diesem Zusammenhang stellen, ist zu überprüfen, inwieweit die EU darauf hinarbeitet, ein europäisches Bewusstsein zu erzeugen. Auf welche Inhalte greift sie bei der Formierung Europas zurück und welche konzipiert sie neu? Welche alten Symbole rekrutiert sie, und erzeugt sie neue? Die Studien von Reinhard Johler können als erster Beitrag zu dieser Forschungsaufgabe betrachtet werden.⁵² Einige der Themen einer solchen Analyse benennt der Historiker Bernhard Giesen, der aufzählt, dass Europa seit dem Mittleuropa die Rede ist. Vgl. *Klaus Bude*: Europa in Bewegung. Migration vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2002.

⁵⁰ Deutlich wird die Abgrenzung zum Beispiel in der Migrationspolitik, wo von der Festung Europa die Rede ist. Vgl. *Klaus Bude*: Europa in Bewegung. Migration vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2002.

⁵¹ *Rolf Lepenies*: Die Europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität. In: *Reinhold Viehoff, Rien T. Segers (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa*. Frankfurt M. 1999, S. 201–222, hier S. 205.

⁵² *R. Johler*: „Europa in Zahlen“ (wie Anm. 6).

telalter bestimmt wird „als eine übergreifende kulturelle Gemeinschaft des christlichen Glaubens, der Kunstsstile, des Humanismus, der Aufklärung, als eine Gemeinschaft, die von Intellektuellen, von Mönchen, Gelehrten, Künstlern getragen wurde und auf internationalem Austausch und internationaler Kommunikation beruhte.“⁵³ Zu erforschen, auf welche dieser Aspekte zurückgegriffen wird, wie sie inhaltlich gefüllt werden und wer sie mit welchen Absichten nutzt, ist eine der Aufgaben, die sich einer europäischen Volkskunde stellen. Wer beispielweise die Debatte über den Beitritt der Türkei verfolgt, wird immer wieder auf Konstruktionen dieser Art treffen und sie in ihrem Kontext zu analysieren haben.⁵⁴

In den Bestrebungen, ihre Souveränität gegenüber den Nationalstaaten abzusichern, ist die EU bemüht, die Regionen als Pendant zu den Staaten zu fördern. Ein Europa der Regionen wird von verschiedenen Seiten als Instrument gesehen, die Bürger stärker an Europa zu binden und die Bedeutung nationaler Denkmuster zu begrenzen. Gerade Politiker weisen gern darauf hin, „dass die Stärke des künftigen Europa aus den Regionen wachse und aus der Bereitschaft der Menschen, aus regionalem Selberbewusstsein heraus, europäisch zu denken und zu handeln.“⁵⁵ Besonders deutlich zeigt sich das an der Förderung der transnationalen Kooperationen durch das Programm Interreg der EU, das so genannte Euroregionen fördert, die Grenzen mehrerer Staaten überschreiten. Diese Regionen sind aus der Sicht der Nationalstaaten häufig in den Peripherien angesiedelt, in der EU aber werden sie zu neuen Zentren.⁵⁶ Der Blick in einzelne dieser Regionen wie das ‚Dreyeckland‘ an der Grenze zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich zeigt, dass hier lokale und regionale Identitäten gestärkt werden.⁵⁷ Von der Regionalisierung profitieren auch Gebiete wie das Baskenland, wo baskische Nationalisten die Regionalisierung begrüßen, weil sie in ihr einen Weg erkennen, den Einfluss des spanischen Staates zu mindern.

⁵³ *Bernhard Giese*: Europa als Konstruktion der Intellektuellen. In: *Reinhold Viehoff, Rien T. Segers (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa*. Frankfurt/M. 1999, S. 130–146, hier S. 137.

⁵⁴ Siehe beispielweise die Debatte in DIE ZEIT, Ausgaben Nr. 38, 39, 46 sowie 51 und 52 im Jahr 2002.

⁵⁵ *Werner Weidenfeld, Wolfgang Weseck (Hrsg.): Europa von A bis Z*. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn 2002, S. 135.

⁵⁶ Einige der Euroregionen, die in deutschen Grenzgebieten gelegen sind: Elbe/Labe, Spree/Neiße/Bober/Tarri, Erzgebirge etc. Die im Internet von der EU publizierten Karten illustrieren graphisch, dass es sich bei den Euroregionen um die Peripherie der Nationalstaaten handelt: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/interreg3/index_de.htm.

⁵⁷ *H. Bansinger*: Region – Kultur – EG (wie Anm. 6).

3.b Die Nationalstaaten – auf dem Weg zu Agenturen des Besonderen

Aus der Sicht der Nationalstaaten ist die Etablierung der EU als neuer Staat ein zweischneidiges Schwert. Der Zielsetzung eines vereinten Europa, das in der Nachkriegszeit als wirkungsvoller Weg für eine friedliche Zukunft eingeschlagen worden ist und zudem wesentlich durch ökonomische Motive begünstigt wurde, steht die Einschränkung der nationalen Souveränität gegenüber. Dieser Sachverhalt wird in den einzelnen Ländern unterschiedlich bewertet. Deutschland ist ein Land, in dem ein Ausbau der EU von allen großen Parteien begrüßt wird. England, Spanien und kleinere Staaten wie Dänemark und Nordirland stehen dieser Perspektive skeptisch gegenüber und wollen es bei einer engen Kooperation unter der Regie der Nationalstaaten belassen. Zunehmend zeichnet sich ein Souveränitätskampf ab, in dem die Staaten gegenüber der EU als Korporationen im hegelschen Sinne auftreten, die für ihre eigenen Interessen und die ihrer Bevölkerungen streiten.

Dies zeigt sich an den konkreten Veränderungen in den Bereichen der Rechtsprechung, der Ökonomie und dem sozialen Leben in den einzelnen Ländern. Wie sich die einzelnen Nationalstaaten organisieren und welches Umfeld sie damit für ihre Kulturen schaffen, ist nicht mehr nur Ergebnis der Konkurrenz zwischen den einzelnen Korporationen ihrer Gesellschaft, die zudem mit den Interessen des Staates (konkret der jeweiligen Regierung) in Einklang gebracht werden müssen. Nun gehen von der EU wesentliche Vorgaben aus, denen die Staaten sich beugen müssen.

Rein formal betrachtet steigert dieser Prozess die Vereinheitlichung der Bedingungen in den Mitgliedsstaaten der EU. Es ist ein Schritt zu einer die Staaten überspannenden europäischen Gesellschaft, zu einem neuen europäischen Universalismus. Die Staaten aber haben hier die Aufgabe, ihre Interessen und die ihrer Bürger zu vertreten. Sie werden zu Agenturen des Besonderen in einer europäischen Gesellschaft. Die EU und die Nationalstaaten bilden somit die erste Ebene des Ringens zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen.

In diesem Kontext ist auch die Frage anzusiedeln, inwieweit ein europäisches Bewusstsein nationalen Bewusstseinsformen entgegentritt, inwieweit sie einander begleiten oder überlagern. Zu analysieren ist dann, auf welche Weise nationale Zughörigkeiten ein neues europäisches Bewusstsein bremsen oder auf welche Weise sie mit ihm einhergehen, in welchen Aspekten sie es ergänzen oder ihm widersprechen. Es geht bezüglich der Bewusstseinsbildung mit anderen Worten formuliert um die Frage nach der Konkurrenz zwischen einem neuen Allgemeinen und den zu Agenturen des Besonderen sich transformierenden Staaten.⁵⁸ Dass diese Frage durchaus zweischneidig sein kann, zeigt sich daran, dass die Annähe-

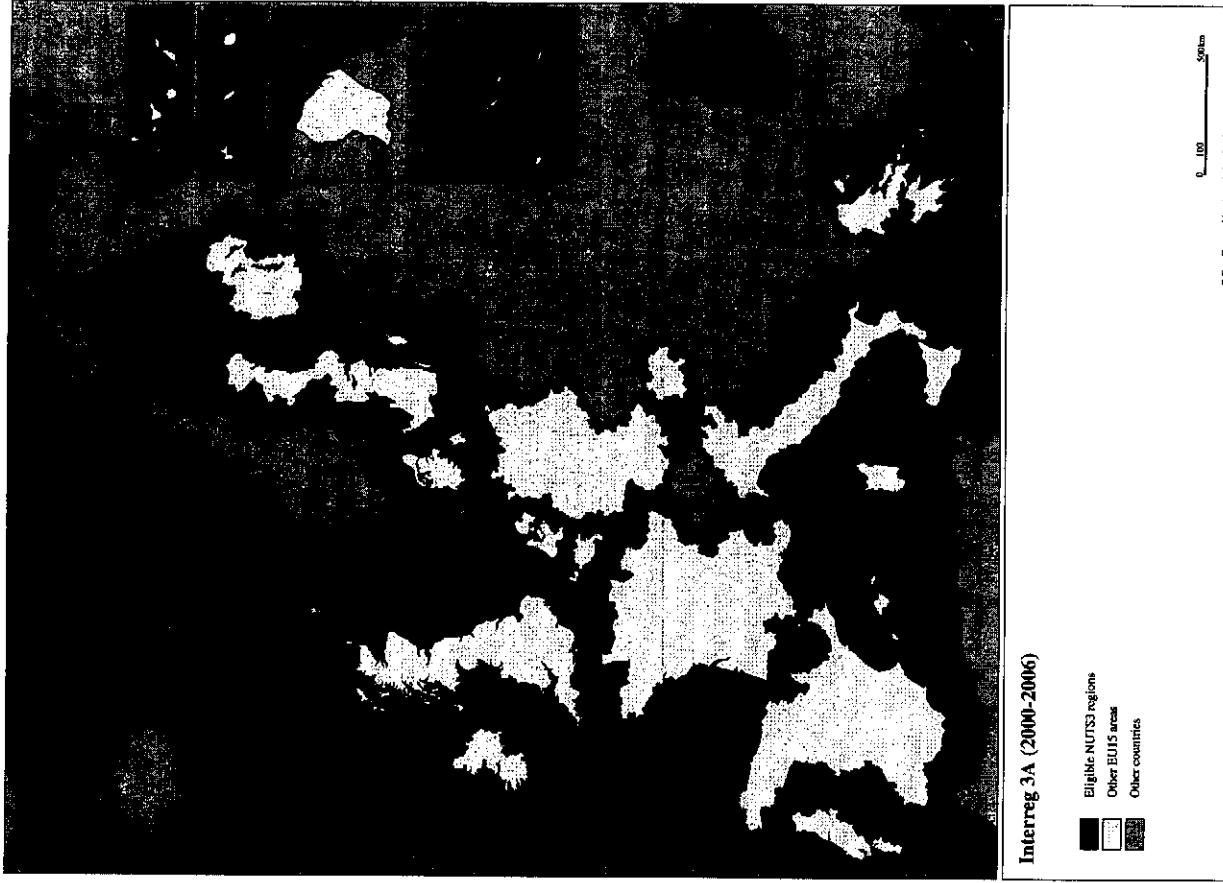


ABBILDUNG: Die 'Interregionen' in der Europäischen Union

⁵⁸ Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch die Diskussion über eine europäische Verfassung. Siehe z. B. Jürgen Habermas: Warum braucht Europa eine Verfassung? In: DIE ZEIT. Nr. 27, 28. Juni 2002, S. 7.

rungen seit dem Zweiten Weltkrieg von den Nationalstaaten selbst vorangetrieben worden sind. Das beste Beispiel dürften die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sein: Seit den 1950er Jahren haben beide Länder den Austausch unter dem Schlagwort der deutsch-französischen Freundschaft gefördert, und in der Bevölkerung beider Länder traf diese Initiative auf fruchtbaren Boden. Zahlreiche Schülerbegegnungen und Städtepartnerschaften, die wiederum Ausgangspunkt für vielfältige kulturelle Aktivitäten mit Teilnehmern aus den beiden Ländern sind, belegen dies.

Gleichwohl ist die Ausgangslage für die Europäisierung komplex; die Voraussetzungen der einzelnen Staaten sind sehr unterschiedlich. Durch verschiedenartige historische Verläufe bedingt haben sich in den nationalen Kontexten Kulturen entwickelt, die trotz der in den letzten Jahren beschworenen Gemeinsamkeiten starke Differenzen aufweisen. Deutlich wird das am Beispiel der Religion. Zwar wird bislang – der Beirritt der Türkei steht noch aus – das Christentum als gemeinsame Basis gesehen, es ist aber im anglikanische, protestantische, orthodoxe und katholische Richtungen gespalten, die sich deutlich voneinander unterscheiden. Das gilt nicht nur für Fragen der Religion, sondern ebenso für die sozialen Leitbilder: So steht einem vom Protestantismus geförderten ausgeprägten Individualismus, der mit einer Auflösung traditioneller Familienvorstellungen korrespondiert, ein vom Katholizismus verteidigter Familienzinn gegenüber, in dem der Einzelne sich mehr als Teil eines übergeordneten Ganzen begreift. Diese Differenzen haben sich auch in unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen in den europäischen Ländern niedergeschlagen; im Norden Europas vom Wohlfahrtsstaat zu sprechen meint grundlegend andere Konzepte als im Süden. Eine europäische Volkskunde, die die gegenwärtigen Entwicklungen in ihrer kulturellen Dimension erforschen will, wird diese Unterschiede in ihren historischen Entwicklungen berücksichtigen müssen.

3.c Die Körporationen der nationalen Gesellschaften – das traditionelle Besondere auf der Suche nach neuen Solidaritäten?

Auch die einzelnen gesellschaftlichen Körporationen der Nationalstaaten sind im Zuge der Integration Europas gefordert, ihre Anliegen über den nationalen Kontext hinaus im europäischen Rahmen zu vertreten. Welche Bedeutung die europäische Perspektive erlangt hat, zeigt sich konkret daran, dass um das Europäische Parlament und die Europäische Kommission eine ausgeprägte Lobbyarbeit entstanden ist. Viele Gruppen – seien es Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände, regionale oder kommunale Organe, Agrar- oder Umweltverbände – sind in Brüssel vertreten. Auseinandersetzungen, die bislang zwischen verschiedenen Interessengruppen innerhalb der nationalen Gesellschaften ausgetragen wurden, verlagern sich (zumindest teilweise) auf die europäische Ebene. Das bedeutet auch, dass diese Gruppen um eine Kooperation im europäischen Kontext bemüht sein

müssen.⁵⁹ Interessant und relevant ist diese Entwicklung nicht nur für soziologische und politologische Studien, sondern auch für die kulturwissenschaftliche Ver eins- und Organisationsforschung. Brüssel wird zu einem zentralen Ort, an dem die gesellschaftlichen Körporationen für die Lebensbedingungen ihrer Klientel streiten; Kontext und Ziele ihrer Arbeit verändern sich damit grundlegend. Problematisch ist für viele Organisationen der Spagat zwischen nationalen Interessen und dem Ausgleich auf europäischer Ebene. So ist es eines der zentralen Probleme der Gewerkschaften, eine länderübergreifende Solidarität zu befördern.⁶⁰

Am Agrarsektor lässt sich das Spannungsvorhaben der traditionellen Körperschaften zwischen nationalen Interessen und europäischen Norwendigkeiten besonders gut verfolgen: Seit den 1960er Jahren betreibt die EU eine europäische Strukturpolitik, die in allen Ländern zu einem deutlichen Abbau der Erwerbstätigten in der Landwirtschaft und einer Vergroßerung der Betriebe beigetragen hat. Wie deutlich sich diese europäische Entwicklung von der anderer Staaten unterscheidet, zeigt sich an den gravierenden Problemen, die der Beitritt der osteuropäischen Staaten zur EU gerade auf diesem Sektor mit sich bringt. Die Bauernverbände müssen hier einerseits für ihre nationale Klientel eintreten, andererseits sind sie gefordert, im europäischen Kontext für eine gangbare Lösung zu werben. Wie schwierig diese Arbeit ist und wie stark nationale Zugehörigkeiten wirken, zeigt sich daran, dass französische Bauern regelmäßig mit großer Hartnäckigkeit Blockaden an der Grenze zu Spanien errichten, um die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu behindern, die sie als unlautere Konkurrenz betrachten.

Wie sehr sich die EU mittlerweile als oberste Instanz, als eigentliches Subjekt einer europäischen Gesellschaft etabliert hat, die Streitigkeiten im nationalen Kontext entscheider, machen die Auseinandersetzungen deutlich, in denen gesellschaftliche Gruppen europäische Instanzen anrufen, um die Vorgaben ihres Nationalstaates anzufechten. Dazu ein Beispiel: Die EU verfolgt den Umweltschutz als Aufgabe seit den 1970er Jahren. Gegenwärtig wird im Rahmen des Programms 'Natura 2000' ein europaweites Verbundsystem von Schutzgebieten geschaffen.⁶¹ Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, in ihrem Territorium Schutzgebiete zu benennen. In Deutschland fiel diese Aufgabe in die Kompetenz der Bundesländer. Auch die niedersächsische Landesregierung erstellte eine Liste mit Gebieten, die in das Schutzprogramm aufgenommen werden sollten. Allerdings erhob sich von verschiedenen Seiten Kritik, und der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) erstellte eine alternative Liste. Statt sie der Landesregierung oder dem zuständigen Bundes-

59 Hans-Wolfgang Platzer: Interessensverbände und europäischer Lobbyismus. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europa-Handbuch. Bonn 2002, S. 409–422.
 60 Hans-Wolfgang Platzer: Gewerkschaftspolitik ohne Grenzen. Die transnationale Politik der Gewerkschaften im Europa der 90er Jahre. Bonn 1991.
 61 Zur rechtlichen Bedeutung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH RL) siehe: Martin Gellermann: Natura 2000. Europäisches Habitatschutzrecht und seine Durchführung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin u. a. 1998.

ministerium vorzulegen, wurde sie als 'Scharrenliste' direkt bei der Europäischen Union eingereicht.⁶² Hier zeigt sich, dass die EU als souveräne und maßgebliche Instanz anerkannt und angerufen wird, um Differenzen in der Nationalgesellschaft auszutragen.

3.4 Die Bürger – das Einzelne im neuen Kontext

Eine vergleichbare Qualität haben Auseinandersetzungen zwischen den Nationalstaaten und einzelnen ihrer Bürger oder einzelnen Firmen. So stritt die Badische ErfrischungsGetränke GmbH vor dem europäischen Gerichtshof dafür, das Wasser, das sie aus einer neu erschlossenen Quelle gewinnt, als Mineralwasser anerkannt zu bekommen. Nach der Ablehnung durch die nationalen Behörden und einer Klage vor nationalen Gerichten wandte sie sich an die europäische Instanz.⁶³ Ähnlich der Fall der Britin Diane Pretty, die vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte das Recht auf Beendigung ihres Lebens einklagte⁶⁴, oder der Fall des Franzosen Maurice Papon, der aufgrund seiner Rolle bei der Deportation von Juden im Zweiten Weltkrieg verurteilt wurde und auf europäischer Ebene darum streitet, das Verfahren gegen ihn wieder aufzunehmen.⁶⁵

Aus rechtlicher Sicht ist die Relation der EU zu den Bürgern indirekt. Ein europäischer Bürgerstatus leitet sich aus der nationalen Staatsangehörigkeit ab. EU-Bürger ist nur, wer auch von einem der Mitgliedstaaten als Bürger anerkannt ist. Festgeschrieben ist die Unionsbürgerschaft im Vertrag von Maastricht; Artikel 8 des Vertrages legt fest: „Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt.“⁶⁶ Neben dem kommunalen Wahlrecht, dem Wahlrecht zum Europäischen Parlament und dem diplomatischen Schutz durch alle Mitgliedsländer garantiert die Unionsbürgerschaft „das Recht, sich im Hohes Gebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in diesem Vertrag und den Durchführungsvereinbarungen vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und auf-

⁶² Klaus Schriewer: Natur und Bewusstsein. Naturaneignung und Naturvorstellungen in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert (Im Druck).

⁶³ Urteil des Europäischen Gerichtshofes (Erste Kammer) vom 17. Juli 1997. Rechtsache C-17/96; Badische ErfrischungsGetränke GmbH & Co. KG gegen Land Baden-Württemberg, Sammlung der Rechtsprechung 1997, S. I-04617.

⁶⁴ Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 29. April 2002. Rechtsache C-00002346/02; Pretty gegen The United Kingdom. Siehe auch: El Tribunal de Derechos Humanos niega a una enferma inglesa el derecho de morir. In: La Verdad, 30. April 2002, S. 58.

⁶⁵ Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 7. Juni 2001. Rechtsache C-00064666/01; Papon gegen la France. Der Fall wurde 2002 weiter verfolgt: El Tribunal de Estrasburgo dictamina que el nazi Papon no tuvo un juicio justo en Francia. In: El País, 26. Juli 2002, S. 4.

⁶⁶ Abgedruckt in: Curt Gasteiger: Europa von der Spaltung zur Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945–2000. Bonn 2001, S. 431.

zuhalten.“⁶⁷ Die rechtliche Regelung befördert also im Augenblick das Nebeneinander von nationalstaatlicher und europäischer Zugehörigkeit.

Welche Bedeutung Europa und ein europäisches Bewusstsein im Alltag der Bürger haben, lässt sich am Beispiel der Altersmigranten verdeutlichen, die sich in Spanien ansiedeln.⁶⁸ Das internationale Umfeld mit Senioren aus vielen europäischen Ländern, das am Mittelmeerraum entstanden ist, kann als eines der Laboratorien gelten, in denen die Formation eines europäischen Bewusstseins erforscht werden kann. Doch ohne den Rekurs auf die aktuellen Entwicklungen in der EU ist das Phänomen nicht zu erklären. Einerseits ermöglicht die EU mit ihrem Status der Unionsbürgerschaft die dauerhafte Ansiedlung eines EU-Bürgers in einem Mitgliedstaat. Die Senioren können sich – wenn sie die notwendigen Voraussetzungen nachweisen – in Spanien ansiedeln, und sie können dort Grundgegentum erwerben. Diese Möglichkeit war schon vor dem Beitritt Spaniens zur EU 1986 gegeben, doch seither ist die Migration zu einem auch quantitativ bedeutsamen gesellschaftlichen Phänomen geworden. Aus der Perspektive der EU dürfte die Altersmigration durchaus wünschenswert sein, denn mit ihr etabliert sich eine 'europäische Lebensart', die sich durch hohe Mobilität auszeichnet und internationale Kontrakte befördern kann. Doch zeigen sich deutlich auch die Grenzen, denn ein erheblicher Teil der Rentner lernt kaum spanisch und konzentriert sich im alltäglichen Umgang auf Menschen, die der gleichen Sprache mächtig sind. So bilden Deutsche und Schweizer Vereine, und der Anteil derer, die Freundschaften zum Beispiel zu Englischesprachigen pflegen, ist klein. Gleichwohl scheint Europa ein bedeutsames Thema für die Senioren zu sein. Immer wieder betonen sie, dass sie der Generation angehören, die den Zweiten Weltkrieg noch erlebt hat und mit strikten nationalen Kategorien aufgewachsen ist. Kleine Gesten der Verständigung und die bloße Gegenwart von anderen Nationalitäten seien deshalb als Schritt zu einer Europäisierung zu sehen. Und zudem erkennen sie in der EU die entscheidende Instanz, die ein mobiles Leben an verschiedenen Orten Europas, wie das ihre, garantieren soll. Von einer „Europäisierung des Bewusstseins“ zu sprechen, dürfte überspitzt sein, Ansätze aber zeigen sich.

Im Alltag der Mehrzahl der Europäier dürfte die Europäisierung vor allem an der einheitlichen Währung augenscheinlich werden, aber auch an der sich angleichenden Warenpalette (der 'Mc Donalds-Effekt' hat nun auch den Christstollen

⁶⁷ Ebd., S. 432.

⁶⁸ Peter Duyster: Retired EU migrants, healthcare rights and European social citizenship. In: Journal of Social Welfare and Family Law 23/3 (2001), S. 311–327; Francisco Jardón Areñas: España en Venta: Compra de Suelos por Extranjeros y Colonización de Campesinos en la Costa del Sol. Madrid 1990; Diana Seiler: Sozialpolitische Aspekte der internationalen Mobilität von Rentnern – insbesondere von deutschen Rentnern in Spanien. Frankfurt/M. 1994; Allan M. Williams, Russell King: *Tony Warns: A place in the sun*. International retirement migration from northern to southern Europe. In: European Urban and Regional Studies 4 (1997), S. 115–134.

nach England und Spanien gebracht) und daran, dass bei der jährlichen Urlaubsreise die Passkontrolle ausbleibt. Wie werden diese Phänomene gedeutet? Werden sie mit der Europäisierung oder mit der Globalisierung assoziiert? Wird durch sie ein europäisches Bewusstsein erzeugt oder lösen sie Ressentiments und Ängste aus? Dass eine Skepsis besonders in den Bevölkerungen der kleinen Mitgliedsstaaten existiert, zeigen die Ablehnung des Euro durch die dänische Bevölkerung im Jahr 2000 und der negative Ausgang des ersten Referendums in Irland über den Vertrag von Nizza im Jahr 2001.

Schluss

Der von mir skizzierte Zusammenhang zwischen EU, Nationalstaaten, den traditionellen gesellschaftlichen Korporationen und den Bürgern gilt für die EU-Staaten; er betrifft in anderer Weise aber auch die europäischen Nachbarländer, die sich gegen eine Kooperation ausgesprochen haben. In der Schweiz und in Norwegen ist die EU ein weiterhin aktuelles Thema, das die Diskurse zu Politik und Wirtschaft ebenso wie zu kulturellen und sozialen Fragen bestimmt. Eine europäische Volkskunde muss sich also keineswegs auf die EU beschränken, sie muss aber die durch sie provozierten Herausforderungen berücksichtigen.

Und zudem muss sie die Frage stellen, wie sich die EU im internationalen Umfeld als formierender Staat strukturiert und strukturiert werden kann. Von besonderer Bedeutung dürfte hier die Relation zu den USA sein, denn die EU könnte sich zu einem entscheidenden Pendant im geopolitischen Geschehen entwickeln. Die politischen Entwicklungen können weit reichende Konsequenzen für die Entwicklung der Kultur in der EU haben. Den Beitritt der Türkei zur EU beispielsweise fördern die USA, möglicherweise nicht nur aus dem strategischen Interesse am südostlichen Flügel der NATO, sondern auch um die EU in ihrem Inneren zu schwächen.

Die Frage nach dem Bewusstsein der Bürger Europas und ihrem Handeln wird in den nächsten Jahren eines der wichtigsten Themen sein, die sich der Volkskunde stellen.⁶⁹ Eine solche Forschung darf nicht losgelöst von den sozialen und kulturellen Bedingungen in einer erwachsenen europäischen Gesellschaft sein, sondern muss vielmehr von ihnen ausgehen und sie in ihren Außenbezügen erklären. Das erlaubt dann, die theoretischen Instrumentarien für die Analyse der kulturellen Implikationen der Europäisierung kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Aufgabe einer europäischen Volkskunde ist es, die Prozesse der Europäisierung in ihrer kulturellen Relevanz historisch argumentierend zu reflektieren. Dabei

⁶⁹ Zu den methodischen Anforderungen einer Bewusstseinsanalyse, die die Traditionen der Erzählforschung nurz, siehe: Albrecht Lehmann: Bewusstseinsanalyse. In: Silke Götzsch, Albrecht Lehmann (Hrsg.): Methoden der Volkskunde. Positionen, Quellen und Arbeitsweisen der Europäischen Ethnologie. Berlin 2001, S. 233–249.

muss sie die Europäische Union im internationalen Gefüge mit ihren Relationen zu den Nationalstaaten, ihren Gesellschaften und den einzelnen Bürgern als verschiedene Ebenen kulturbildender Prozesse in ihre Analyse einbeziehen. Kultur – und mit ihr die zentralen Aspekte des Bewusstseins, Denkens, Handelns – ist auch in ihrem staatlichen Kontext zu erforschen, und der entspricht sich in zunehmendem Maße als europäisch.

English Summary

KLAUS SCHMEIER: Europe as a challenge. Culture Theory Formations in the Context of European Integration.

The European dimension of cultural phenomena becomes more and more important in Cultural Sciences. In relation with this there also exists a theoretical challenge. Sociology is in a similar situation. Due to the process of European integration the paradigm of society is being reconsidered. Society can't be only considered, according to the critics, from inside and isolated as it was until now. It's only possible to analyse social life, if the outside-relations of society are also taken into account. In this article, this perspective is approached through a critical reading of Hegel's concept of state and society. Using his concept, we can evaluate the relationship between citizens, cooperations, nation-states and European Union in a new way and introduce the findings into Cultural Sciences.